fraktion aktuell

Newsletter der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 3 / 2021 29. April 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 28. April fand die Stadtverordnetenversammlung unter Einhaltung der Coronavirus Eindämmungsverordnung im großen Saal des Brandenburger Theaters statt.

Ihre/ Eure
Britta Kornmesser

Themen dieses Newsletters:

Britta Kornmesser
Brücken bauen für eine bessere Zusammenarbeit in der SVV – Hauptsatzung geändert

Carsten Eichmüller
Neue Gebührenordnung für Taxis – Unglaublich!

Werner Jumpertz
Eintrittspreise Marienbad auf dem Prüfstand der SVV

Britta Kormesser
Thema Verkehrsberuhigung der Altstadt wurde vertagt

Britta Kornmesser

Brücken bauen für eine bessere Zusammenarbeit in der SVV – Hauptsatzung geändert

Die SVV am 28. April war zeitweilig sehr emotional geprägt. OB Scheller hatte die Änderung der Hauptsatzung angeregt, um die Wahl eines 4. Beigeordneten zu ermöglichen. Neben dem Ersatz für die ausscheidenden Beigeordneten Erlebach und Brandt kann es so drei neue Beigeordnete in diesem Jahr geben. Die SPD-Fraktion hatte diesen Vorschlag mit deutlicher Mehrheit mitgetragen.

Wir wollen, dass die SVV mehr Einfluss auf Entscheidungen in der Stadtregierung bekommt. Beigeordnete sind politische Wahlbeamte. Sie müssen sich gegenüber den Stadtverordneten unmittelbar für ihr Handel (oder auch Nichthandeln) rechtfertigen. Die Neuwahlen werden im Sommer anstehen, nachdem die Stellen ordnungsgemäß ausgeschrieben worden sind.

Die Besetzung der Beigeordnetenstellen ist für uns kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zu einem größeren Ziel: Wir wollen, dass in den kommenden Jahren ein besserer Umgang innerhalb der SVV möglich wird. Dafür sind wir auf CDU und Freie Wähler zugegangen. Dafür sind wir bereit, Kompromisse zu schließen.

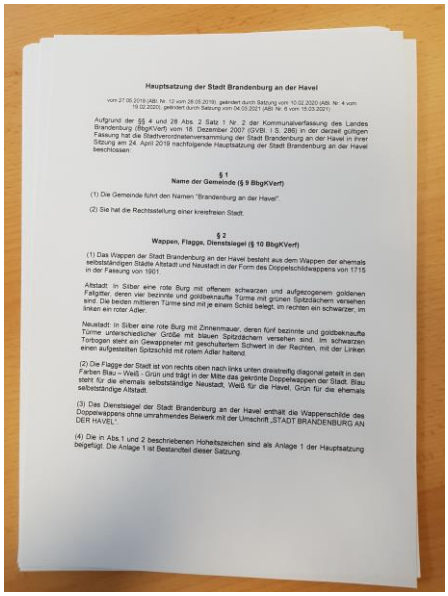
Gerade das Verhältnis dieser drei Fraktionen war in der Vergangenheit oft durch Konflikte geprägt, die auch ins Persönliche gingen. Das hat nicht nur den Akteuren, sondern auch der Stadt geschadet. Denn irrationaler Streit ist Gift für die Demokratie.

Wir wollen versuchen, einen anderen Weg zu gehen und eine Brücke zu bauen in eine Zukunft, in der die Stadtverordneten respektvoll und verlässlich zusammenarbeiten. Deshalb werden wir auch keine Abrede treffen, die andere demokratische Fraktionen von der Mitwirkung ausschließt.

Wir wissen: Noch ist diese Brücke eher ein glitschiger Holzsteg ohne Geländer.

Die schwierige Debatte um den Sinn einer weiteren Beigeordnetenstelle hat das verdeutlicht. Und auch bei manchen anderen Themen wurde klar, dass manchmal das Handeln noch von Misstrauen geprägt ist und andere – vielleicht unbedacht – Misstrauen schüren.

Aber der gestrige Abend zeigte auch, dass die meisten Stadtverordneten eine offenere und sachorientierte SVV wollen. Viele weitere Themen wurden inhaltlich und konstruktiv diskutiert, unabhängig davon, von welcher Fraktion die Anträge kamen.



Hauptsatzung der Stadt Brandenburg an der Havel

vom 27.06.2018 (ABl. Nr. 12 vom 28.08.2018), geändert durch Satzung vom 10.02.2020 (ABl. Nr. 4 vom 19.02.2020), geändert durch Satzung vom 04.05.2021 (ABl. Nr. 8 vom 18.05.2021)

Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) in der derzeit gültigen Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel in ihrer Sitzung am 24. April 2019 nachfolgende Hauptsatzung der Stadt Brandenburg an der Havel beschlossen:

§ 1
Name der Gemeinde (§ 9 BbgKVerf)

(1) Die Gemeinde führt den Namen "Brandenburg an der Havel".

(2) Sie hat die Rechtsstellung einer kreisfreien Stadt.

§ 2
Wappen, Flagge, Dienstsiegel (§ 10 BbgKVerf)

(1) Das Wappen der Stadt Brandenburg an der Havel besteht aus dem Wappen der ehemals selbstständigen Städte Altstadt und Neustadt in der Form des Doppelschildwappens von 1715 in der Fassung von 1901.

Altstadt: In Silber eine rote Burg mit offenem schwarzen und aufgezogenem goldenen Fallgitter, deren vier bezinnte und goldbeknaufte Türme mit grünen Spitzdächern versehen sind. Die beiden mittleren Türme sind mit je einem Schild belegt, im rechten ein schwarzer, im linken ein roter Adler.

Neustadt: In Silber eine rote Burg mit Zinnenmauer, deren fünf bezinnte und goldbeknaufte Türme unterschiedlicher Größe mit blauen Spitzdächern versehen sind. Im schwarzen Torbogen steht ein Gewappneter mit geschulterten Schwert in der Rechten, mit der Linken einen aufgestellten Spitzschild mit rotem Adler haltend.

(2) Die Flagge der Stadt ist von rechts oben nach links unten dreistreifig diagonal geteilt in den Farben Blau – Weiß - Grün und trägt in der Mitte das gekrönte Doppelwappen der Stadt. Blau steht für die ehemals selbstständige Neustadt, Weiß für die Havel, Grün für die ehemals selbstständige Altstadt.

(3) Das Dienstsiegel der Stadt Brandenburg an der Havel enthält die Wappenschilde des Doppelwappens ohne umrahmendes Beiwerk mit der Umschrift „STADT BRANDENBURG AN DER HAVEL".

(4) Die in Abs.1 und 2 beschriebenen Hoheitszeichen sind als Anlage 1 der Hauptsatzung beigefügt. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieser Satzung.

Auch das Abstimmungsverhalten zeigte: Eine Abmachung, dass nur noch drei Fraktionen gegen die anderen stehen, gibt es nicht und sie darf es für uns auch zukünftig nicht geben.

So gab es etwa bei der Grundstückspolitik der Stadt und bei der Zukunft des Stadtmuseums die Verabredung, nochmals die Themen gemeinsam in den Ausschüssen zu vertiefen. Und unser Vorschlag, Udo Geiseler in das Stiftungskuratorium der Sparkasse zu berufen, wurde einstimmig von allen Fraktionen unterstützt.

Es liegt noch viel Arbeit vor uns, um die Brücke stabil zu machen. Dafür brauchen wir die Unterstützung aller konstruktiven Stadtverordneten, auch von denjenigen, die zweifeln und den Weg mit Skepsis betrachten.

SPD-Fraktion, Bäckerstr. 39, 14776 Brandenburg,
Tel. 03381-21 15 21 oder Fax: 03381-21 15 88,
e-mail: fraktion@spd-stadt-brandenburg.de
www.spd-stadt-brandenburg.de

Carsten Eichmüller

Neue Gebührenordnung für Taxis – Unglaublich!

Das Taxigewerbe ist ein Teil des ÖPNV. Leider kann jede Krankenkasse, Institution oder auch Betrieb usw. mit den Brandenburger Taxiunternehmen selbst die Fahrpreise festlegen.
Nun wurde durch ein Gutachten festgestellt, dass die Einnahmen der Taxis in der Stadt Brandenburg nicht auskömmlich sind und die Fahrpreise erheblich erhöht werden müssen. So sollen die Grundgebühr von derzeit 4,30 € auf 5,- € und auch die normalen km-Tarife erheblich angehoben werden. Für die Ortsteile soll zusätzlich einen Aufschlag von 5,- € fällig werden, d.h. insbesondere die Fahrten in die Ortsteile sollen erheblich teuer werden!

Mit uns NICHT!

In der nun vorgelegten Beschlussvorlage wird ein Unterschied gemacht, ob man in Kirchmöser, Plaue, Gollwitz, Wust, Klein Kreutz, Mahlenzien oder Göttin wohnt. Warum sollen hier zusätzlich nochmal 5,- € bezahlt werden? Wohnt man z.B. auf der Scholle oder in Hohenstücken-Nord entfallen die 5 Euro. Das heißt 5 Euro beim Einsteigen, 5 Euro für den Ortsteil und schon ist man 10 Euro los, ohne einen Kilometer gefahren zu sein. Die Kilometerpauschale und Mitnahme von Gepäck sollen auch teurer werden. Wartezeiten zum Beispiel an der Brücke "20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik" pro Minute 40 Cent!

Somit kostet eine Fahrt nach Kirchmöser sage und schreibe ca. 45 Euro. Die gleichen Kilometer nach Wilhelmsdorf-Malge ca. 40 Euro. Unglaublich, der hier geborene Bürger wird sich selbst organisieren und noch weniger Taxi fahren, eine Spirale ohne Ende. Das hat sich schon viele Jahre bewiesen.

Im Übrigen ist der ÖPNV in und nach Kirchmöser und Plaue der schlechteste ÖPNV pro Kopf/ Einwohner in der Stadt! Und dann noch teure Taxifahrten!

Wir würden mit der neuen Gebührenordnung teurer sein als München, der teuersten Stadt Deutschlands. Auch liegen wir erheblich vor anderen kreisfreien Städten Brandenburgs wie Cottbus oder Frankfurt (Oder).
Dann hätte die Stadt Brandenburg den Platz Nummer 1 der teuersten Taxifahrten.

Wir unterstützten daher den Antrag, in den Ausschüssen die Verwaltungsvorlage erneut zu diskutieren und im Juni 2021 in der SVV einen besseren Vorschlag zur Taxigebührenordnung zu verabschieden.

SPD-Fraktion, Bäckerstr. 39, 14776 Brandenburg,
Tel. 03381-21 15 21 oder Fax: 03381-21 15 88,
e-mail: fraktion@spd-stadt-brandenburg.de
www.spd-stadt-brandenburg.de

Werner Jumpertz

Eintrittspreise Marienbad auf dem Prüfstand der SVV

Bereits im vorberatenden Finanzausschuss der SVV hatten die SPD-Vertreter die vom städtischen Eigenbetrieb des Schwimm- und Erlebnisbades vorgeschlagene Erhöhung von Eintrittspreisen in den Tarifgruppen für Schwimmhalle, Freibad und Freizeitbad von bis zu 13 % kritisch bewertet.

Das kommentierte ein Verwaltungsvertreter, die SPD reagiere gewohnt reflexartig bei Gebührenerhöhungen. Und aus einer anderen Fraktion wurde beschwichtigt, Schwimmbad-Gebühren um max. 60 Cent erhöhen zu wollen, sei doch eine geringfügige Preiserhöhung.
In der SVV haben wir hervorgehoben, dass das Marienbad selbst die Ausrichtung habe, Familien mit Kindern für eine sportorientierte Familienfreizeit zu begeistern, was für ein „Volksbad“ unserer Auffassung nach eben auch einen besonders sensiblen Umgang mit der Preisgestaltung verlange. 60 Cent mehr an der Preisschraube zu drehen summiert sich über alle Erhöhungen in der Lebenshaltung für nicht wenige Familien in unserer Stadt, die wortwörtlich jeden Cent in der Haushaltskasse umdrehen müssen, zu einem nicht mehr leistbaren Freizeitvergnügen.

Gleichwohl sehen wir auch, dass das Marienbad von der Stadt als Zuschuss-Betrieb jährlich mit beachtlichen Summen aus dem Stadthaushalt subventioniert wird: So wurde der für 2019 geplante Zuschuss von 875 Tausend Euro im Jahr 2020 auf 2 Mio. Euro durch SVV-Beschluss angehoben, um die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes Marienbad bis Ende 2021 zu gewährleisten, was eben auch den Corona bedingten Einnahmeausfällen (Bad-Schließung) geschuldet ist.

Die SPD-Fraktion wollte sich zur SVV sozusagen als Kompromiss zunächst nicht vollständig der Verwaltungsvorlage zu den Preisanpassungen verschließen, die im Übrigen mit „allgemeinen Kostensteigerungen insbesondere im Bereich des Personalaufwandes“ begründet würden. So haben wir in einem Änderungsantrag eine Erhöhung von 5 % (statt bis 13 %) der in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagenen Steigerungen aus dem Tarifkatalog der Eintrittspreise beantragt.

An dieser Stelle sei auch positiv festgestellt, dass die Entgeltordnung neuer Fassung für eine ganze Reihe einzelner Tarifarten keine Änderungen vorsieht. Gleichzeitig mit der Verteidigung unseres Kompromiss-Vorschlages haben wir angekündigt, dass wir im Falle der Ablehnung unseres Änderungsantrages komplett gegen die Verwaltungsvorlage und mithin überhaupt gegen eine Erhöhung des Eintrittspreises beim Marienbad stimmen werden.

So war es denn: Unser Änderungsantrag wurde von der Mehrheit der SVV abgelehnt. In der anschließenden Abstimmung hat die SPD-Fraktion mit den Fraktionen der Grünen und der Linken gegen die Verwaltungsvorlage gestimmt und sind wir durch die Mehrheit der SVV überstimmt worden.

Nicht unerwähnt sei, dass wir uns in der SVV beim anwesenden Werkleiter Fred Ostermann sehr herzlich bedankt haben für die Ankündigung, unmittelbar nach einer möglichen Öffnung des Marienbades deutlich vermehrt Bahnstunden für Schwimmkurse zur Kompensation der fehlenden Schwimmausbildung zur Verfügung zu stellen.

Unser Dank gilt auch dem Oberbürgermeister, dass die Bahnmiete für diese Initiative aus den nicht in Anspruch genommenen Erstattungen für das Vereinsschwimmen im 1. Quartal 2021 abgesichert wird.

SPD-Fraktion, Bäckerstr. 39, 14776 Brandenburg,
Tel. 03381-21 15 21 oder Fax: 03381-21 15 88,
e-mail: fraktion@spd-stadt-brandenburg.de
www.spd-stadt-brandenburg.de

Britta Kornmesser

Thema Verkehrsberuhigung der Altstadt wurde vertagt

Die Stadt Brandenburg hat im Jahr 2018 mit der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) den Rahmen und die Strategie für die weitere verkehrliche Entwicklung in unserer Stadt geschaffen. Hier sind konkrete Maßnahmenvorschläge enthalten. U.a. sind hier auch Ansätze zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt enthalten. Zielsetzungen sind u.a. eine Entlastung der Altstadt vom Durchgangsverkehr, eine Reduktion der Verkehrsmengen im Bereich der Plauer Straße, Altstädtischer Markt, Parduin und Rathenower Straße.

Als wichtige Schlüsselmaßnahme für die Umsetzung einer Verkehrsberuhigung der Altstadt wurde die Verlängerung der Gerostraße, der Bau der sogenannten „Spange", herausgearbeitet. Denn im Bereich des nördlichen Stadtringes besteht mit dem Doppelknotenpunkt Brielower Straße/Gerostraße bzw. Brielower Straße/Willi-Sänger-Straße derzeit eine kapazitätsbegrenzende Engstelle, die wohl allen Brandenburger aus eigenem Erleben bekannt ist. Diese beiden Kreuzungen sind bereits jetzt ein Nadelöhr und können nur schwer noch zusätzliche Verkehre aufnehmen. Aus diesem Grund wurden bereits 1997 Planungen für eine bauliche Neugestaltung dieses Bereiches aufgenommen und es gab sogar schon einen Planfeststellungsbeschluss für die Umsetzung dieser Maßnahme. Auf Grund fehlender Haushaltsmittel wurde das Projekt jedoch bislang nicht umgesetzt und inzwischen hat leider auch der Planfeststellungsbeschluss, der das Baurecht geschaffen hatte, seine Gültigkeit verloren.

Aufgrund des erheblichen planerischen und finanziellen und zeitlichen Aufwandes, der mit dem Neubau / Verlängerung der Gerostraße verbunden ist, wurde die Stadtverwaltung im September 2019 von der SVV beauftragt, zunächst ein Umsetzungskonzept zur Verkehrsberuhigung für die Bereiche Neustadt, Dom und Altstadt zu erarbeiten. Auf Grund der politischen Diskussion sollte der Fokus zunächst jedoch vordringlich auf die Altstadt gelegt werden. Es wurde ein Ingenieurbüro mit der Ausarbeitung verschiedener möglicher Varianten beauftragt.

Nach dem die ausgearbeiteten Varianten Mitte 2020 zunächst mit dem Verkehrsforum diskutiert wurden, wurden die Varianten 3b (Sperrung Mühlentorstraße, Einfahrtverbot am Parduin bzw. Plauer Straße und Schaffung eines Einbahnstraßensystems) und die Variante 4 (Sperrung Altstädtischer Markt mit Poller und Regelung Bergstraße) weiter betrachtet und eine Beschlussvorlage für die SVV erarbeitet.

Diese wurde vom Oberbürgermeister als Vorlage 036/2021 am 06.04.2021 zur Beschlussfassung durch die SVV vorgelegt. Sie lautet wie folgt:

Betreff: Verkehrsberuhigung in der historischen Innenstadt, Stadtteil Altstadt

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 3b als Vorzugsvariante weiter zu verfolgen und die Bearbeitung bzw. Planung fortzusetzen.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt eine öffentliche Informationsveranstaltung zu der beschlossenen Vorzugsvariante durchzuführen.*

Diese Vorlage wurde im Stadtentwicklungsausschuss und auch im Hauptausschuss mit breiter Mehrheit abgelehnt. Auch wir als SPD-Fraktion stimmen dieser Vorlage so nicht zu und zwar aus folgenden Gründen:

Bei der vorgeschlagenen Umsetzungsvariante, welche die Durchfahrt durch die Altstadt sehr restriktiv einschränkt, sind Verkehrsverlagerungen zu erwarten, die Bewohner in anderen Straßen mit erheblichem Mehrverkehr belasten würden.

SPD-Fraktion, Bäckerstr. 39, 14776 Brandenburg,
Tel. 03381-21 15 21 oder Fax: 03381-21 15 88,
e-mail: fraktion@spd-stadt-brandenburg.de
www.spd-stadt-brandenburg.de

Dies beträfe insbesondere auch die Bergstraße, wo pro Tag ca. 1.300 mehr KFZ durchfahren würden. Aber gerade in der Bergstraße befindet sich ein Krankenhaus, eine Pflegeinrichtung und eine Kita.
Die Ergebnisse der von den Gutachtern untersuchten Kombination der Altstadtvariante 3 b mit den untersuchten Domvarianten zeigen weiterhin, dass die negativen Auswirkungen der Verkehrsverlagerungen auf die Innenstadt punktuell noch verstärkt werden. Das bedeutet im Ergebnis, dass die Bewohner im Bereich der Plauer Straße/Altstadt Markt/Parduin zwar spürbar entlastet würden, dafür aber andere Straßen und ihre Anwohner erheblich mehr belastet werden. In diesem Zusammenhang muss man auch sehen, dass die Verkehrsanalyse des VEP aufgezeigt hat, dass die Verkehrsbelastung auf dem Straßenzug Mühlendamm / Domlinden / Krakauer Straße mit 13.200 bis 12.100 KFZ/24 h bereits jetzt wesentlich höher ist als im Bereich der Altstadt mit 8.800 bis 7.100 KFZ/24 h. Auch ist zu beachten, dass mit der Sperrung der Brücke des 20. Jahrestages Bereich des Altstadtbahnhofes und dem in den nächsten 4 Jahren geplanten Neubau wurde für eine längere Zeit eine wichtige Verkehrsader unserer Stadt unterbrochen ist und dies auch Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in der Plauer Straße/Altstadt Markt/Parduin hat.
Die Verkehrsmengen hier sind dadurch reduziert, da der Verkehr Ausweichstrecken benutzen muss.

Im VEP ist als erster Schritt für die Entlastung der Altstadt die Verlängerung der Gerostraße zur Willi-Sänger-Straße ganz klar aufgeführt. Daher muss aus unserer Sicht zunächst vordringlich mit der Planung und Umsetzung dieses strategisch wichtigen Knotenpunktes begonnen werden als Grundlage und Voraussetzung für weitere Maßnahmen.

Die von der Verwaltung vorgelegte Vorzugsvariante wurde bislang auch noch nicht mit den Bürgern und Gewerbetreibenden diskutiert. Eine Akzeptanz der Betroffenen sollte bei einer so einschneidenden Neuregelung des Verkehrs vor einer Einführung jedoch im Vorfeld abgefragt bzw. eingeworben werden.

Wir werden uns als SPD-Fraktion dafür einsetzen, dass noch in diesem Jahr mit den Planungen der Spange Gerostraße begonnen wird uns diese Schlüsselmaßnahme zügig vorangetrieben wird. Weiterhin hatten wir im Rahmen der Haushaltsberatungen und mit der CDU und den Freien Wählern zusammen dafür eingesetzt, dass Geld bereitgestellt wird noch in diesem Jahr eine Oberflächenverbesserung der Straßenbereiche Plauer Straße, Altstädtischer Markt und Parduin in Angriff zu nehmen. Hierdurch soll neben einer Verbesserung der Verkehrssicherheit auch eine Lärmminderung für die Anwohner erreicht werden.

Weitere mögliche verkehrsberuhigende Maßnahmen müssen gemeinsam in den Fachausschüssen diskutiert und abgewogen werden.

SPD-Fraktion, Bäckerstr. 39, 14776 Brandenburg,
Tel. 03381-21 15 21 oder Fax: 03381-21 15 88,
e-mail: fraktion@spd-stadt-brandenburg.de
www.spd-stadt-brandenburg.de